

# Fraktion direkt

Das Monatsmagazin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion · April 2018

## Mit Tempo an die Arbeit

Nach der Wahl der Kanzlerin nimmt die Koalition  
erste Projekte in Angriff – Kein »Weiter so«

Mit Arbeitsplätzen  
Wohlstand und  
Renten sichern

Koalition will wirtschaftliche  
Leistungsfähigkeit und sozialen  
Zusammenhalt stärken



»Fraktion direkt« – Die App  
Jetzt downloaden

## Inhalt

**3**

Der Monat  
Volker Kauder

**4**

Die Meinung  
Michael Grosse-Brömer

**5**

Die Zahlen

**6**

Der Brennpunkt  
Mit Tempo an die Arbeit

**11**

Der Gast  
Annegret Kramp-Karrenbauer über die  
christdemokratische Positionsbestimmung

**12**

Die Themen  
Mit Arbeitsplätzen Wohlstand  
und Renten sichern

**16**

Das Gespräch  
Johann David Wadehul über Russland  
nach der Präsidentenwahl

**18**

Die Themen  
Für Gleichberechtigung – gegen  
ideologische Gleichmacherei

**18**

Impressum

**19**

Die Bilder

**20**

Das Zitat

**6**

Die große Koalition will nach der Regierungsbildung zügig an die Arbeit gehen. Eines der wichtigsten Projekte, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhalten, ist die flächendeckende Digitalisierung.



© Tobias Koch



© Jörn Buchheim/Shutterstock

**12**

Für die Arbeitsmarktpolitik verspricht der Koalitionsvertrag eine neue Dynamik und neuen Zusammenhalt. Arbeitnehmer werden durch verschiedene Maßnahmen entlastet. Die Sozialbeiträge sollen insgesamt nicht über 40 Prozent steigen.



**18**

Frauen genießen in Deutschland die gleichen Rechte wie Männer. Trotzdem stoßen sie häufig an Grenzen, vor allem in der Arbeitswelt. Deshalb ist es immer noch notwendig, für Gleichberechtigung zu kämpfen.

© thodonai/Adobe Stock

## Liebe Leserinnen und Leser,

endlich – 171 Tage nach der Bundestagswahl – kann die große Koalition die Arbeit aufnehmen. Mit dem nun unterzeichneten Koalitionsvertrag hat

die Regierung eine gute Grundlage, auf die Herausforderungen zu reagieren, vor denen Deutschland steht. Davon gibt es einige: Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands erhalten, indem wir Forschung und Entwicklung fördern, indem wir die Digitalisierung massiv vorantreiben. Wir wollen den Rechtsstaat stärken, denn ohne Sicherheit keine Freiheit. Und wir wollen uns um die sozialen Themen kümmern – vom bezahlbaren Wohnen über die Pflege bis zur Rente.

In dieser Ausgabe von »Fraktion direkt« berichten wir über unsere Pläne für die nächsten Monate und die großen Projekte danach. Beides hat Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer ersten Regierungserklärung vor dem Bundestag – eine Woche nach ihrer Vereidigung – umrissen. Drei Tage lang haben wir in einer Generalausprache des Bundestages unsere Vorhaben erläutert und diskutiert. Nun können wir starten, nun müssen wir schauen, dass wir das verlorene halbe Jahr wettmachen.

Wichtig ist uns dabei auch, dass wir Europa nach vorne bringen. Dafür müssen wir die Wachstumsimpulse in der EU stärken. Wir müssen Antworten geben auf die Vorschläge des französischen Präsidenten Emmanuel Macron zur Weiterentwicklung Europas. Nicht zuletzt der Streit mit den USA um Handelszölle zeigt, wie sehr wir ein geeintes, handlungsfähiges Europa brauchen. Aber auch mit Blick auf den schwierigen Nachbarn Russland wird klar, wie nötig der Zusammenhalt in Europa ist. Präsident Putin ist in diesem Monat erneut im Amt bestätigt worden. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass er seinen machtbewussten und konfrontativen Regierungsstil ändern wird. Dazu äußert sich Johann David Wadephul im Interview.

Im Heft greifen wir darüber hinaus den Bereich Arbeit und Soziales heraus und beleuchten ihn näher. Denn wir planen eine Reihe von Verbesserungen für die Arbeitnehmer, beispielsweise indem wir den Solidaritätszuschlag für die allermeisten Steuerzahler abschaffen, indem wir die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung senken oder indem wir bei den Beiträgen zur Krankenversicherung zur Parität zurückkehren. Und wenn die Wirtschaft sich weiter so gut entwickelt wie bisher, wofür wir die Weichen stellen werden, dann können wir auch unser Ziel der Vollbeschäftigung bis zum Jahre 2025 erreichen.

h

Volker Kauder



© Laurence Chaperon

**Volker Kauder**  
Vorsitzender der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion

# Wir können viel für unser Land erreichen

Positives Echo für die Kanzlerin

Die »Westfälischen Nachrichten« sahen die Kanzlerin als stark und selbstbewusst, die »Süddeutsche Zeitung« lobte eine »furiose Rede für ein weltoffenes Deutschland« und die »Berliner Zeitung« konstatierte, die Regierungschefin habe unmissverständlich klargemacht, dass sie die Richtlinien der Politik bestimmt: Die Regierungserklärung von Angela Merkel am 21. März fand nicht nur in unserer Fraktion, sondern auch in vielen Medien ein sehr positives Echo.

Nach der ungewöhnlich langen Regierungsbildung ist es jetzt endlich so weit: Mit Angela Merkel an der Spitze wird Deutschland wieder entschlossen regiert. Die Prioritäten der Unionsfraktion sind dabei klar. Wir wollen die wirtschaftliche Kraft Deutschlands ebenso stärken wie den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Innere Sicherheit unseres Landes. Um diese Ziele zu erreichen, wurden im Koalitionsvertrag zahlreiche Maßnahmen vereinbart, auf deren rasche Umsetzung wir als größte Regierungsfraktion jetzt drängen werden.

Ganz besonders liegt uns die Förderung von Familien am Herzen. Das auf Initiative von CDU und CSU beschlossene Baukindergeld wird es jungen Familien erleichtern, Wohn-

eigentum zu erwerben. Auch die Erhöhung des Kindergeldes, des Kinderfreibetrags und des Kinderzuschlags kommt ganz unmittelbar Familien zugute. Von der Abschaffung des Solidaritätszuschlages werden fast alle Steuerzahler in Deutschland profitieren, natürlich auch Familien. Und das gilt auch für die geplante Wohnraumoffensive, die das Ziel hat, den Bau von 1,5 Millionen Wohnungen und Eigenheimen zu ermöglichen.

All das soll geschehen ohne neue Schulden. Es ist ein großer Erfolg der Union, dass der Bund seit 2014 keine neuen Schulden mehr aufgenommen hat. Uns ist es zu verdanken, dass dies auch in den nächsten Jahren so bleiben soll. Denn

eine solide Finanz- und Haushaltspolitik ist für uns gelebte Generationengerechtigkeit. Das gilt auch für die Herausforderungen in der EU. Es hat mich gefreut, dass Olaf Scholz im Bundestag gesagt hat, ein deutscher Finanzminister bleibe ein deutscher

Finanzminister, »egal, welches Parteibuch er hat«. Die Unionsfraktion wird ihn tatkräftig dabei unterstützen, die Tradition Wolfgang Schäubles sowohl in Deutschland als auch auf europäischer Ebene fortzusetzen.

Rasch ans Werk gehen werden Regierung und Fraktion auch beim Thema Migration, das noch immer viele Menschen bewegt. Wir wollen so schnell wie möglich die im Koalitionsvertrag vereinbarten zentralen Aufnahmestellen für Asylbewerber einrichten, die sogenannten Anker-Zentren. Wer in Deutschland bleiben darf, erhält Hilfen zur Integration – und wessen Antrag abgelehnt wird, der muss zügig in seine Heimat zurückkehren. Die Unionsfraktion wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass diese Grundsätze noch konsequenter als bisher durchgesetzt werden.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir in den kommenden Jahren viel Gutes für unser Land erreichen werden und die Menschen dann sagen können: Es hat zwar lange gedauert, bis die Regierung zustande kam, aber dann hat sie einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass Deutschland stärker, sicherer und gerechter wurde.

»Ganz besonders liegt uns die Förderung von Familien am Herzen.«



**Michael Grosse-Brömer**  
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**171** Tage hat die Regierungsbildung gedauert – die längste in der Geschichte der Bundesrepublik. Doch die Mühe hat sich gelohnt. Am Ende steht ein Koalitionsvertrag von **177** Seiten, den die **3** Parteien CDU, CSU und SPD ausgehandelt haben. Er umfasst in **14** Kapiteln alle Vorhaben, die die Koalitionspartner in den kommenden **42** Monaten anfassen wollen. In den **100** Tagen bis zur Sommerpause soll unter anderem der Haushalt **2018** stehen, der die Grundlage für alle Ausgaben ist. Im Kabinett von Bundeskanzlerin Angela Merkel sitzen **15** Ministerinnen und Minister. **6** gehören der CDU an, **3** der CSU und **6** der SPD. **6** Ressortchefs sind Frauen und **9** sind Männer. Der jüngste ist mit **37** Jahren Jens Spahn, der älteste mit **68** Horst Seehofer.



»Was immer digitalisiert werden kann, wird digitalisiert werden«, sagt Angela Merkel in ihrer ersten Regierungserklärung nach der Wiederwahl zur Kanzlerin.

# Mit Tempo an die Arbeit

Nach der Wahl der Kanzlerin nimmt die Koalition erste Projekte in Angriff – Kein »Weiter so«

Deutschland steht gut da: Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt. Doch ein Selbstläufer ist das nicht. Deshalb will die neue große Koalition zügig die Weichen stellen, damit Deutschland auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt – eine Voraussetzung für Wohlstand und sozialen Zusammenhalt. Schlüssel für die Wettbewerbsfähigkeit ist die Digitalisierung. In ihrer ersten Regierungserklärung vor dem Bundestag sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel, ein »Weiter so« könne es nicht geben, weil sich die Welt eklatant verändere.

Merkel, die bereits seit 2005 regiert, war Mitte März im Bundestag zum vierten Mal zur Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden. Sie steht zum dritten Mal an der Spitze einer Koalition mit der SPD. Angesichts der Regierungsbildung von einem halben Jahr drückt die große Koalition aufs

»Jetzt wird geliefert.«

Tempo. Nun sei es »an der Zeit, mit der Arbeit zu beginnen«, hatte Merkel bei der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages gesagt. CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder

prognostizierte, dass der Bundestag bis zum Sommer einen vollen Kalender haben werde. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Michael Grosse-Brömer sagte: »Gut, dass wir wieder handlungsfähig sind. Jetzt wird geliefert.«

Eines der ersten Dinge, die die Koalition in Angriff nehmen muss, ist die Verabschiedung des Haushalts 2018, der die Voraussetzung für die Umsetzung vieler weiterer Vorhaben ist. Er soll voraussichtlich im Mai vom Kabinett vorgelegt und bis zur Sommerpause im Parlament gebilligt werden. Der Fraktionschef kündigte an, dass die solide Haushaltspolitik der vergangenen Legislaturperiode fortgesetzt werde. Mit dem Budget werde man zeigen: »Es bleibt bei der schwarzen Null.« Als dringlich bezeichnete Kauder vor dem Hintergrund knapperen Wohnraums und steigender Mieten außerdem die Ankurbelung des Wohnungsbaus und die Einführung eines Baukindergeldes für junge Familien.

Auch die Kanzlerin zeigte sich in ihrer Regierungserklärung sensibel für soziale Themen. In der Gesellschaft sei trotz guter Wirtschaftslage die Sorge um die Zukunft gewachsen, die Angst vor sozialer Spaltung größer geworden, konstatierte sie. Die Bundesregierung müsse daher die Diskussionen so führen, »dass am Ende durch konkrete Entscheidungen der Zusammenhalt in unserem Land

größer und nicht kleiner wird«. Als Aufgaben nannte sie in diesem Zusammenhang die Bekämpfung von Kinderarmut und Altersarmut, die Stärkung von Familien, die steuerliche Entlastung von Arbeitnehmern, Investitionen in die Pflege und die Bildung, die Sicherung der Renten und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land. Merkel betonte auch das Recht auf Religionsfreiheit.

# »Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen«

Regeln für die Koalitionsarbeit



© Tobias Koch

Die Parteichefs, Fraktionschefs und Generalsekretäre nach der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages

**C**DU, CSU und SPD gehen zum dritten Mal ein Regierungsbündnis unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel ein. Auch wenn sich die drei Partner schon gut kennen, haben sie ihre politischen Vorhaben für die laufende Wahlperiode im Koalitionsvertrag minutiös festgeschrieben. Auf 177 Seiten haben sie zahlreiche Projekte definiert – von neuen Initiativen für Europa über die Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung bis zu Investitionen in die Infrastruktur, vom Maßnahmenpaket für die Innere Sicherheit über die Steuerung der Migration bis zur Unterstützung für Familien. Im letzten Kapitel des Vertrages haben die Koalitionspartner jedoch auch Regeln für die Arbeitsweise der Regierung und der Fraktionen festgelegt.

So bekennen sie sich dazu, dass die Koalitionsfraktionen im Bundestag und in allen von ihm beschickten Gremien einheitlich abstimmen. »Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegen-

stand der vereinbarten Politik sind. Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen.« Diese Klausel ist insofern bedeutsam, als nicht vorhersehbar ist, welche drängenden Fragen im Laufe der verbleibenden dreieinhalb Jahre auftreten können. In den vergangenen Legislaturperioden hat es immer wieder überraschende, meist krisenhafte Situationen gegeben, die die jeweils miteinander regierenden Koalitionspartner gemeinsam meistern mussten – etwa die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, die Staatsschuldenkrise in einigen Euro-Staaten und die Flüchtlingskrise.

Grundsätzlich streben die Koalitionspartner in allen Verfahrens-, Sach- und Personalfragen einen Konsens an. Bei Streitfragen und im Falle von Konflikten wird der Koalitionsausschuss einberufen – ein Gremium, das zwar nicht in der Verfassung verankert ist, das aber schon in vergangenen Wahlperioden gute Dienste geleistet hat. Im Koalitionsausschuss verhandeln in erster Linie die Parteichefs miteinander. Gegebenenfalls ziehen sie die Fraktionschefs hinzu sowie die Generalsekretäre der Parteien. Auch Fachminister können je nach Thema mit von der Partie sein.

Im Mittelpunkt des politischen und gesellschaftlichen Diskurses steht aber der Bundestag. Um dies hervorzuheben, haben die Koalitionspartner einige Neuerungen vereinbart. So werden die Fraktionen zweimal jährlich zu national und international relevanten Themen sogenannte Orientierungsdebatten führen. Auch die Bundeskanzlerin soll dreimal pro Jahr im Deutschen Bundestag befragt werden können, wie sie bestimmte Aufgaben angehen will. Schließlich soll die Regierungsbefragung neu strukturiert werden. Bislang haben die Abgeordneten in Plenarwochen mittwochs nach der Kabinettsitzung die Gelegenheit, Regierungsvertreter eine gute halbe Stunde lang zu Themen von allgemeinem Interesse zu befragen. Das Thema bestimmt jedoch in erster Linie die Regierung.

»Wir müssen die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit erhalten«, mahnt Unionsfraktionschef Volker Kauder.



© Tobias Koch

Voraussetzung dafür, dass die Bundesregierung ihre sozialen Aufgaben bewältigen kann, ist allerdings eine prosperierende Wirtschaft. Nur so lasse sich Vollbeschäftigung bis 2025 erreichen, sagte Merkel. »Es ist nicht garantiert, dass wir in fünf oder zehn Jahren wirtschaftlich so gut dastehen wie heute.« Auch Volker Kauder mahnte in der anschließenden Debatte: »Wir müssen die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit erhalten.« Verteilen könne man nur das, was zuvor erwirtschaftet worden sei.

Zentraler Punkt für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit ist die Digitalisierung. »Was immer digitalisiert werden kann, wird digitalisiert werden«, sagte Merkel voraus. Dabei geht es nicht nur um die Umstellung von Produktionsprozessen in der Industrie, sondern beispielsweise auch um Vernetzung von Daten in der Medizin, die Einführung von Bürgerportalen in der Verwaltung oder die Anbindung von Schulen ans Netz.

Damit dies alles gelinge, müssten die Ausgaben für Forschung und Entwicklung von 3,0 auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesteigert werden, forderte die Kanzlerin. Kauder ergänzte: »Die steuerliche Forschungsförderung muss rasch kommen.« Sie müsse ebenfalls eine der ersten Maßnahmen sein, die die große Koalition in den nächsten Monaten beschließe. Der Vorsitzende der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, sagte, man nehme zehn Milliarden Euro für die Digitalisierung in die Hand. Nur so bestünden »Chancen auf ein Wirtschaftswunder 4.0«.

Voraussetzung für die flächendeckende Digitalisierung ist unter anderem der Ausbau des Glasfasernetzes, aber auch die Einführung des schnellen Mobilfunks 5G. In dem Zusammenhang bemängelte Kauder: »In unserem Land geht vieles viel zu langsam voran.« Deshalb brauche man schnell auch das im Koalitionsvertrag vereinbarte Planungsbeschleunigungsgesetz. Damit die Wirtschaft die nötigen Fachkräfte zur Bewältigung der Digitalisierung bekomme, forderte Kauder Aus- und Weiterbildung in großem Umfang. Bei dem fundamentalen Wandel der Arbeitswelt komme es darauf an,

»In unserem Land geht vieles viel zu langsam voran.«

dass niemand zurückbleibe. Die Bedeutung des Fachkräfte-zuwanderungsgesetzes sollte man indes nicht überschätzen, mahnte er.

### Mehr Personal für Polizei und Justiz

Große Bedeutung misst die Unionsfraktion dem »Pakt für den Rechtsstaat« zu. Bei Polizei und Justiz soll mehr Personal eingestellt werden, damit das Recht überall durchgesetzt werden kann – in den Gerichten, auf den Schulhöfen, im öffentlichen Raum. Vorgesehen sind 7.500 neue Stellen bei den Sicherheitsbehörden des Bundes und 2.000 neue Richterstellen. Dobrindt gab im Bundestag ein »klares Bekenntnis zu einem starken Staat« ab. Unionsfraktionschef Kauder machte deutlich: »Zur Freiheit gehört Sicherheit.«

Was die Lehren aus der Flüchtlingskrise angeht, so darf sich nach Auffassung der Unionsfraktion eine »humanitäre Ausnahmesituation« wie 2015 nicht wiederholen. Zwar wird man Menschen in Not auch künftig Schutz gewähren. Doch »diejenigen, die kein Aufenthaltsrecht haben, müssen das Land schnellstmöglich wieder verlassen«, forderte der Unionsfraktionschef. Die Verfahren würden künftig in sogenannten Anker-Zentren beschleunigt vorangetrieben. Das Beste sei allerdings, wenn Menschen sich erst gar nicht auf die Flucht begeben müssten, wenn man Schleppern und Schleusern das Handwerk lege.

Damit sich die Notlage von 2015 nicht wiederholt, ist auch die Europäische Union gefragt. »Europa kann seinen Raum der Freizügigkeit nur erhalten, wenn es in der Lage ist, seine Außengrenzen zu schützen und zu sichern«, sagte die Kanzlerin. »Ohne sichere Grenzen nach außen, kann es keine offenen Grenzen nach innen geben«, betonte auch Dobrindt.

Die Zugehörigkeit zur EU bezeichnete Merkel als Glücksfall für Deutschland. Nur im Verbund könnten die Mitgliedstaaten die gemeinsamen Werte und Interessen verteidigen. Dies zeige sich gerade am Handelsstreit mit den USA. Auch Volker Kauder sagte: »Alleine werden wir es nicht schaffen.« Nur Europa gemeinsam könne auf der Weltbühne auf Augenhöhe mit den USA, Russland oder China agieren, gab Dobrindt zu bedenken.

Der Unionsfraktion ist auch das Bekenntnis zum transatlantischen Bündnis wichtig. Damit Deutschland ein verlässlicher Partner innerhalb der EU und der NATO bleiben kann, muss die Koalition die Ausgaben für Verteidigung ihrer Auffassung nach erhöhen, ebenso wie die für Entwicklungshilfe. Im Sinne des vernetzten Ansatzes von Diplomatie, Militär und Entwicklungspolitik gehört beides zusammen. Dobrindt unterstrich, dass es nicht um Aufrüstung gehe, wenn Deutschland das NATO-Ziel für die Verteidigungsausgaben in Höhe von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erfüllen wolle. Vielmehr gehe es um eine modern ausgerüstete, einsatzfähige Bundeswehr.

»Ohne sichere Außengrenze keine offenen Binnengrenzen.«

Unionsabgeordnete applaudieren der Kanzlerin nach der Regierungserklärung.



# »Ein Stück politischer Normalität kehrt zurück«

Von *Annegret Kramp-Karrenbauer*, Generalsekretärin der CDU Deutschlands

**D**ie neue Regierungskoalition steht unter dem Motto: »Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land«. Schon der Titel des Koalitionsvertrages zeigt, dass Union und SPD zwar faktisch »weiter« zusammen regieren, aber die Ausgangslage im Jahre 2018 eine andere ist als noch 2013.

Die CDU hat auf ihrem Parteitag in Berlin einen Programmprozess eingeläutet, der unser Grundsatzprogramm für die Zukunft aufstellen soll. Als wir unser aktuell gültiges Programm verabschiedet haben, waren Smartphones eine seltene Ausnahme. Begriffe wie Sharing Economy oder Industrie 4.0 waren nur etwas für eingeweihte Spezialisten, und nach der weitgehenden Befriedung des Balkans waren Fluchtbewegungen und damit einhergehende Integrationsprobleme in unserem Land kaum ein Thema. Auch die Eurokrise oder die Möglichkeit, dass das Vereinigte Königreich den Austritt aus der Europäischen Union beschließen könnte, waren damals weitestgehend unvorstellbar.

Nun ist das Grundsatzprogramm einer Partei nicht dazu da, konkrete Lösungen für alltägliche Probleme zu finden. Dies ist vielmehr die Aufgabe unserer Mandatsträger, sei es vor Ort im Stadtrat oder eben als Mitglieder des Deutschen Bundestages. Ein Grundsatzprogramm muss daher weniger als präzise Wegbeschreibung, sondern vielmehr als Kompass verstanden werden. Es muss uns einen Rahmen geben, in dem wir die Antworten auf immer neue Fragen geben.

Von den 246 Abgeordneten der Fraktion sind 231 direkt gewählte Abgeordnete eines Wahlkreises. Dies zeigt die enge Verbundenheit unserer Volksparteien CDU und CSU mit den Menschen vor Ort. Sie, die Abgeordneten des Bundestages, haben durch die Wahl am 24. September 2017 von den Menschen in unserem Land eine besondere Verantwortung übertragen bekommen. Ihr politisches Mandat fordert Sie dazu auf, bis zum Ende der 19. Wahlperiode den Willen der Bürgerinnen und Bürger in konkrete Gesetzgebung und politische Entscheidungen umzusetzen. Dabei spielen Sie auch für die Parteien eine wichtige Rolle.

Die CDU wird die kommenden Monate nutzen, um sich mit einem neuen Grundsatzprogramm für die Zukunft



© Laurence Chaperon

aufzustellen. Dabei dürfen wir nicht dem Irrtum unterliegen, dass im Jahr 2018 all die Herausforderungen abzusehen wären, vor welchen Deutschland in zehn oder zwanzig Jahren stehen könnte. Nur im kontinuierlichen Ringen um gute Politik, in der Debatte und in der konstruktiven Diskussion zwischen allen Ebenen der Partei und ganz besonders auch mit der Unionsfraktion können wir Volkspartei im besten Sinne bleiben.

Dass wir mehr als drei Viertel aller Wahlkreise als Union direkt gewonnen haben, ist ein deutliches Zeichen für die hervorragende Arbeit, die unsere Bundestagsabgeordneten vor Ort für die Menschen leisten. Als Generalsekretärin der CDU Deutschlands, die nicht Mitglied des Deutschen Bundestages ist, ist mir der Austausch mit den Abgeordneten der Unionsfraktion sehr wichtig. Sowohl durch gesetzgeberische Expertise als auch durch den täglichen Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort in den Wahlkreisen sind Sie ein wichtiger Ratgeber für die nun anstehende christdemokratische Positionsbestimmung.

Nach der Wahl von Angela Merkel zur Bundeskanzlerin und dem Beginn der Regierungsarbeit der neuen schwarz-roten Koalition, kehrt ein Stück politischer Normalität in die Arbeit von Unionsfraktion und Partei zurück. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, die richtigen Fragen zu stellen und die Werte, die die Union ausmachen, politisch zu gestalten.

# Mit Arbeitsplätzen Wohlstand und Renten sichern

Koalition will wirtschaftliche Leistungsfähigkeit  
und sozialen Zusammenhalt stärken



Die Sozialbeiträge sollen  
nach dem Willen der Unions-  
fraktion insgesamt nicht über  
40 Prozent steigen.

**N**eben einem Aufbruch für Europa verspricht der Titel des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und SPD neue Dynamik und neuen Zusammenhalt für Deutschland. Das gilt auch und ganz besonders für die Arbeits- und Sozialpolitik. »Der Vertrag enthält zahlreiche Vorhaben, die sowohl für die aktiven Arbeitnehmer als auch für Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht oder nicht mehr arbeiten, große Verbesserungen mit sich bringen«, sagt Peter Weiß, Sprecher der Arbeitsgruppe für Arbeit und Soziales der Unionsfraktion.

Die Union habe aber auch darauf geachtet, »dass mit dem Koalitionsvertrag nicht nur der soziale Zusammenhalt, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gestärkt werden«, betont Weiß (CDU). Als Beispiel nennt der ehemalige Chef der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion die geplante Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozentpunkte, was sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer entlastet. »Wenn es nach mir geht, sollte diese Beitragssenkung schon zum 1. Juli 2018 in Kraft treten«, sagt Weiß. Für die

Union war es in den Koalitionsverhandlungen sehr wichtig, dass die Sozialbeiträge insgesamt nicht über 40 Prozent steigen.

Für den neu gewählten Chef der Arbeitnehmergruppe der Fraktion, Uwe Schummer (CDU), steht der Koalitionsvertrag gleichermaßen für Aufbruch wie für Kontinuität: »Aufbruch ist notwendig bei einer weiteren Stärkung der Inneren Sicherheit sowie bei Integration, Bildung und Digitalisierung. Kontinuität brauchen wir bei der starken Wirtschaft, dem stabilen Arbeitsmarkt, dem soliden Bundeshaushalt und unseren hohen Sozialstandards.«

Von zentraler Bedeutung ist für die Unionsfraktion, dass sich im Koalitionsvertrag das Bekenntnis zum Ziel der Vollbeschäftigung wiederfindet. »Dazu gehört auch«, so heißt es im Vertrag, »dass Menschen, die schon sehr lange arbeitslos sind, wieder eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt eröffnet wird.« Mit einem ganzheitlichen Ansatz, der die betroffenen Familien in den Blick nimmt, will die Koalition die Qualifizierung, Vermittlung und Reintegration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt vorantreiben. »Deutschland ist erfolgreich, aber nicht jeder in Deutschland hat in gleichem Maße Anteil an diesem Erfolg«, sagt der CSU-Arbeitsmarktexperte Stephan Stracke. »Dies wollen wir ändern, gerade in der Arbeitsmarktpolitik.« Die Unionsfraktion setze dabei »auf Aktivierung statt Alimentierung, auf Anreize statt Verbote und auf das Motto: Privat vor Staat«, betont Stracke.

Nicht bei allen Langzeitarbeitslosen wird es gelingen, ihnen direkt eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Daher haben sich die künftigen Koalitionsparteien entschlossen, für die Teilhabe am Arbeitsmarkt unter anderem ein neues unbürokratisches Instrument zu schaffen. Das Konzept schließt Arbeitgeber der freien Wirtschaft, gemeinnützige Einrichtungen und

Kommunen ein. Zugutekommen soll es bis zu 150.000 Menschen. Die Finanzierung erfolgt über den Eingliederungstitel, der im Zeitraum von 2018 bis 2021 um vier Milliarden Euro aufgestockt wird.

#### **Reformen »mit Augenmaß«**

Im Koalitionsvertrag wurde auch festgelegt, dass die Möglichkeiten für die sachgrundlose Befristung von Beschäftigungsverhältnissen eingeschränkt werden – allerdings »mit Augenmaß«, wie Peter Weiß erklärt. So können Arbeitgeber mit mehr als 75 Beschäftigten in Zukunft nur noch maximal 2,5 Prozent der Anstellungsverträge sachgrundlos befristen. Auch wird die Befristung ohne sachlichen Grund in Zukunft nur noch für die Dauer von 18 statt wie bislang 24 Monaten zulässig sein. Uwe Schummer weist darauf hin, dass die Eindämmung des Missbrauchs von befristeten Arbeitsverhältnissen schon im Regierungsprogramm von CDU und CSU gefordert wurde.

Ein sinnvoller Kompromiss wurde auch beim Rückkehrrecht von einer Teilzeit- zu einer Vollzeitbeschäftigung gefunden. Ziel ist es, dass vor allem Frauen nach einer Familienphase ihre beruflichen Pläne wieder voll verwirklichen

»Aufbruch und Kontinuität sind gleichermaßen wichtig.«



# Unternehmen bei der Weiterbildung am Zug

Christian Hirte über Fachkräftemangel und notwendige Innovationen



© Jan Kopecky

**Christian Hirte**  
Parlamentarischer Staatssekretär beim  
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

**H**err Hirte, die Wirtschaft klagt seit Langem über Fachkräftemangel. Woher sollen die Fachkräfte kommen?

Hirte: Auf Initiative der Union hat sich die Koalition auf einen dreistufigen Ansatz verständigt. Erstens müssen wir das Fachkräftepotenzial im Land besser nutzen – zum Beispiel, indem wir die berufliche Bildung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das Arbeiten im Alter erleichtern. Zweitens sollten wir die Fachkräftepotenziale innerhalb der EU voll ausschöpfen. Die Kandidaten haben oft hervorragende Qualifikationen und integrieren sich gut. Drittens brauchen wir auch Fachkräftezuwanderung aus Drittstaaten, also aus Ländern jenseits der EU. Zwar ist der Rechtsrahmen schon ganz gut, aber das Marketing verbesserungsfähig. Deshalb müssen wir diejenigen Talente, die wir brauchen, gezielter ansprechen. Wichtig ist mir: Es geht bei der Fachkräftezuwanderung nicht nur um volkswirt-

schaftliche Opportunität. Integrationsfähigkeit und -bereitschaft sind für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zentral.

**Im Zuge der Digitalisierung müssen die Arbeitnehmer stetig fortgebildet werden. Ist das eher eine Aufgabe für den Staat oder die Unternehmen?**

Hirte: Hier sehe ich in erster Linie die Unternehmen am Zug. Sie sind viel näher dran an den technischen Veränderungen und dem Weiterbildungsbedarf. Und sie haben ein ureigenes Interesse daran, dass sich Mitarbeiter fortbilden. Im Umkehrschluss heißt das: Wir werden sehr genau prüfen, wie die Weiterbildungsberatung bei der Bundesagentur für Arbeit ausgestaltet werden soll, die der Koalitionsvertrag vorsieht. Was die Unternehmen regeln können, soll der Staat nicht in die Hand nehmen.

**Nur wenn Firmen offen sind für Innovationen, können sie dauerhafte Arbeitsplätze schaffen. Wie kann man die Innovationsfähigkeit gerade kleiner und mittlerer Unternehmen sichern?**

Hirte: Das geht nur mit einem Bündel an Maßnahmen. So müssen wir mit weniger Bürokratie, guter Infrastruktur, ausreichend Fachkräften, bezahlbaren Energiepreisen dafür sorgen, dass die Unternehmen Spielräume für Innovationen haben. Hinzu kommen gezielte Förderansätze, etwa über Steuererleichterungen. Und es ist gut, dass Förderprogramme wie

das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand in der Koalitionsvereinbarung weiter gestärkt wurden.

**Wie kann man Unternehmen in den ländlichen Raum locken, etwa in strukturschwache Gebiete Ostdeutschlands?**

Hirte: Die dezentrale Struktur gehört zu den großen Vorzügen der deutschen Wirtschaftslandschaft. Wir haben viele Weltmarktführer in der Provinz. Trotzdem gibt es eine Kluft zwischen starken und strukturschwachen Regionen – vor allem, was die Digitalisierung angeht. Die wollen wir verringern. A und O ist sicher ein ambitionierter Breitbandausbau. Ohne große Bandbreiten wird schon eine Tischlerei in ein paar Jahren nicht mehr lebensfähig sein. Darüber hinaus werden wir uns der Regional- und Strukturförderung verstärkt widmen. Im Gegensatz zu anderen Staaten werden wir nicht zulassen, dass es dauerhaft abgehängte Regionen gibt.

## »Arbeit soll sich lohnen, auch im Rentenrecht.«

chen können. Die Einigung sieht allerdings vor, dass das neue Rückkehrrecht nur für Unternehmen gilt, die in der Regel mehr als 45 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen. Für Unternehmensgrößen von 46 bis 200 Mitarbeitern wird eine Zumutbarkeitsgrenze eingeführt, nach der lediglich einem von 15 Mitarbeitern ein solcher Anspruch gewährt werden muss.

### Rentenniveau und Beiträge stabil halten

Wichtige Festlegungen finden sich im Koalitionsvertrag auch zur Rentenpolitik. Es gibt substanzielle Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und der Mütterrente. Zugleich wird das Niveau der gesetzlichen Rente bis 2025 bei 48 Prozent festgeschrieben. Für den Beitragssatz gilt eine Deckelung bei 20 Prozent. »Wir wissen, dass eine gute wirtschaftliche Entwicklung der entscheidende Faktor für eine weiterhin positive Entwicklung der Renten ist«, sagt Peter Weiß. »Deshalb achten wir als Union nicht nur auf das Verteilen, sondern immer auch auf das Erwirtschaften.« Stephan Stracke bringt es auf die Formel: »Gute Arbeitsmarktpolitik ist die beste Rentenpolitik.«

Nachdem auf Druck der Union 2014 bereits zwei Rentenpunkte für Frauen eingeführt wurden, die vor 1992 Kinder geboren haben, legt die Koalition jetzt nach. So vereinbarten die Koalitionspartner, dass diejenigen Mütter, die vor 1992 drei und mehr Kinder geboren haben, pro Kind einen weiteren Entgeltpunkt in der Rentenversicherung erhalten.

Eine wichtige Verbesserung wird es auch für Menschen geben, die in ihrem Leben über lange Zeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren und im Alter trotzdem auf die Grundsicherung angewiesen sind. Wer Beitragszeiten für die Sozialversicherung von mindestens 35 Jahren vorweisen kann, hat in Zukunft Anspruch auf eine Grundrente, die um zehn Prozent über der Grundsicherung liegt. »Arbeit soll sich lohnen, auch im Rentenrecht«, sagt Uwe Schummer. Kindererziehungs- oder Pflegezeiten werden bei Prüfung eines Anspruchs auf die Grundrente angerechnet.

### Kampf gegen Kinderarmut verstärken

Nicht zuletzt will die Koalition auch den Kampf gegen die Kinderarmut verstärken. So wird das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen effizienter und unbürokratischer als bisher gestaltet. Beispielsweise wird das Schulstarterpaket aufgestockt. Das Programm der Assistenten Ausbildung, das sich an Jugendliche mit schweren Startbedingungen richtet, wird um zwei Jahre verlängert. Schließlich steht die Gruppe der schwer erreichbaren Jugendlichen im Fokus. Ab 2019 werden 50 Millionen Euro jährlich zur Verfügung gestellt, um sie zurück in Schule und Ausbildung zu holen.

»Alles in allem«, so Peter Weiß, »bietet der Koalitionsvertrag ein sehr gutes Fundament, um in Deutschland sowohl die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als auch den sozialen Zusammenhalt zu stärken.«



Im Koalitionsvertrag sind substanzielle Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und der Mütterrente vorgesehen.

# »Es kommt auch eine Zeit nach Putin«

Johann David Wadehul über Russland nach der Präsidentenwahl

**R**usslands Präsident Wladimir Putin ist im März für weitere sechs Jahre im Amt bestätigt worden. Über Moskaus geopolitische Rolle und seine Ambitionen sowie über sein Verhältnis zu Europa sprach »Fraktion direkt« mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johann David Wadehul.

**Herr Wadehul, seit 1999 ist Putin ununterbrochen an der Macht – als Ministerpräsident oder als Präsident. Warum hat die Opposition in Russland keine Chance?**

Wadehul: Die russische Führung hat Angst, dass es in Russland wie in der Ukraine – wir erinnern uns an die erfolgreiche Maidan-Revolution Anfang 2014 – zu einem Regime-Wechsel kommen könnte. Immerhin hatte es ja auch in Russland Ende 2011, Anfang 2012 große Demonstrationen gegen das Regime gegeben. Seit seinem erneuten Amtsantritt als Präsident vor sechs Jahren, vor allem aber seit dem Umsturz in Kiew hat Putin mit Gesetzen und Einschüchterungen alles getan, um die Opposition zu marginalisieren. Und der wichtigste Oppositionspolitiker, Alexej Nawalny, durfte an den Wahlen am 18. März nicht teilnehmen – auch wenn man einräumen muss, dass er gegen Putin keine Chance gehabt hätte. Zudem ist es Putin gelungen, von den erheblichen Defiziten im Inneren durch Machtdemonstrationen auf außenpolitischer Ebene abzulenken.

**Wie es aussieht, muss der Westen bis 2024 mit dem schwierigen Partner Putin auskommen. In welche Richtung wird sich Russland Ihrer Meinung nach entwickeln?**

Wadehul: Ja, so sieht es aus. Ich fürchte, Putin ist zu einem Kurswechsel im Inneren, also zu politischen

und strukturellen Reformen, nicht bereit. Denn die Würden sein Regime infrage stellen. Also wird es weitere Jahre von Stagnation, von grassierender Korruption und ausufernder Bürokratie geben. Aber es kommt auch eine Zeit nach Putin. Darauf sollten wir uns schon jetzt vorbereiten und nach neuen Möglichkeiten einer Kooperation suchen. Die russische Gesellschaft ist vielschichtiger, als die russische Führung glauben machen will. Wir sollten dieser Gesellschaft mit mehr Offenheit begegnen.

**Welche Bedrohung geht von Russland für die östlichen NATO-Staaten, also das Baltikum und Polen, aus?**

Wadehul: Lassen Sie uns lieber sagen: das sicherheitspolitische Verhalten Russlands gegenüber dem gesamten Westen ist immer besorgniserregender geworden. Wir erleben Russland als ein Land, das fortgesetzt gegen internationale Regeln verstößt. Beispiele dafür sind die Annexion der Krim, die militärische Intervention in der Ostukraine, der Krieg in Syrien, die Drohung mit neuen Nuklearwaffen und die mutmaßliche Verletzung des INF-Vertrages. Mit größter Wahrscheinlichkeit ist Russland auch für den Nervengift-Anschlag auf einen ehemaligen russischen Agenten und seine Tochter verantwortlich.

Wir würden uns wünschen, dass Präsident Putin seine neue Amtszeit für einen Kurswechsel nutzt, um die Beziehungen zum Westen deutlich zu verbessern. Denn eine engere Zusammenarbeit liegt im beiderseitigen Interesse. Das allerdings setzt einen außenpolitischen Paradigmenwechsel der russischen Politik voraus. Kurzum: Niemand hat ein Interesse an einem neuen Ost-West-Konflikt. Aber solange der Kurswechsel nicht kommt, muss der Westen achtsam und widerstandsfähig sein und geschlossen agieren.

»Niemand hat Interesse an einem neuen Ost-West-Konflikt.«

**Kann es in absehbarer Zeit zur Aufhebung der EU-Sanktionen gegen Moskau kommen?**

Wadepuhl: Solange es nicht den gerade erwähnten außenpolitischen Paradigmenwechsel gibt: eindeutig Nein! Wir haben die Voraussetzungen für eine Aufhebung der Sanktionen im Koalitionsvertrag klar festgeschrieben: In der Ostukraine brauchen wir einen Waffenstillstand und den Abzug schwerer Waffen. Falls eine Blauhelmsuppe in die Ostukraine entsandt werden soll, muss sie sich frei bewegen können und die Grenze nach Russland kontrollieren dürfen.

**Wie beurteilen Sie die Rolle Russlands in Syrien?**

Wadepuhl: Nur dem Anschein nach hat Russland in Syrien eingegriffen, um das Terrornetzwerk IS zu bekämpfen. Tatsächlich geht es Moskau darum, das Assad-Regime zu sichern. Wir wissen, dass Russland dem verbündeten Machthaber Assad bei dessen äußerst brutalen Luftschlägen gegen syrische Bürger in Ost-Ghouta oder zuvor in Aleppo mit seiner eigenen Luftwaffe assistiert hat. Und Russland hat auch nichts dagegen unternommen, dass das Assad-Regime Chemiewaffen eingesetzt hat. Auch darum habe ich davon gesprochen, dass Russland internationale Regeln verletzt.

**Sie sagten, es gebe Anzeichen, dass Moskau gegen den INF-Vertrag von 1987 verstößt, der Russland und die USA zur Abschaffung aller landgestützten Mittelstreckenraketen verpflichtet. Besteht die Gefahr eines neuen atomaren Wettrüstens in Europa?**

Wadepuhl: Wir werden jedenfalls alles tun, um das zu verhindern. Deshalb setzen wir uns nachdrücklich für den Erhalt des INF-Vertrages ein. Wir haben Russland aufgefordert, endlich nachzuweisen, dass es sich an den Vertrag hält, wie es immer behauptet, oder – falls dies nicht der Fall ist – zur Vertragstreue zurückzukehren. Inzwischen gibt es auch in den USA Überlegungen, hier in Europa gegebenenfalls mit amerikanischen landgestützten Mittelstreckenraketen einem russischen Vertragsbruch entgegenzutreten. Das ist aber absolut nicht unser Interesse! Ein Bruch des INF-Vertrages hätte zudem erhebliche negative Auswirkungen auf andere Abrüstungsverträge. Ein neues atomares Wettrüsten wäre die Folge. Doch wir brauchen nicht noch weitere Herausforderungen für unsere Sicherheit.

 Bundestagsdrucksache  
19/956

**Johann David Wadepuhl**  
Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



© Tobias Koch

# Für Gleichberechtigung – gegen ideologische Gleichmacherei

Politikerinnen der Unionsfraktion zum Weltfrauentag



© Chinapong/Shutterstock

Seit 100 Jahren gibt es in Deutschland das Frauenwahlrecht. Frauen genießen hierzulande die gleichen Rechte wie Männer. Es scheint eine pure Selbstverständlichkeit zu sein, dass sie ihr Leben so gestalten können, wie sie es für richtig halten. Und doch stoßen sie immer wieder an Grenzen. Frauen sind in Führungspositionen unterrepräsentiert, sie verdienen in vergleichbaren Positionen immer noch weniger als Männer. Die Verantwortung für die Erziehung der Kinder und die Pflege der Eltern lastet oftmals auf den Frauen, auch wenn sie genauso wie Männer einem Beruf nachgehen. In einer Bundestagsdebatte zum Weltfrauentag am 8. März betonten Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, warum es immer noch notwendig ist, für Gleichberechtigung zu kämpfen.

Es gehe nicht um »ideologische Gleichmacherei«, sagte die CDU-Abgeordnete Silvia Breher. Es gehe um Chancengleichheit und die Freiheit, das eigene Leben selbst zu bestimmen. Insofern sei das Motto des Weltfrauentages #PressforProgress (Auf Fortschritt dringen) gut gewählt. Man müsse »weitermachen, dranbleiben«, wenn man Fortschritte bei der Gleichberechtigung von Frauen erzielen wolle. Auch die Vorsitzende der Gruppe der Frauen, Yvonne Magwas, betonte, Frauen wollten selbst entscheiden, wie sie leben, wie sie Familie oder Partnerschaft mit der Erwerbstätigkeit oder der Pflege von Angehörigen vereinbaren. »Was Frauen definitiv nicht brauchen, ist ideologische Bevormundung.«

Aufgabe der Politik sei es dabei, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Frauen sich selbst verwirklichen könnten, erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Nadine Schön. Die Unionspolitikerinnen erinnerten

darin, was die Koalition in der vergangenen Wahlperiode für Frauen getan hat, darunter Erleichterungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der Kinderbetreuung, eine bindende Quote für Frauen in Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst. Das Entgelttransparenzgesetz ermöglicht es Frauen zu erfahren, was Männer in vergleichbaren Positionen ihres Unternehmens verdienen. Durch die Reform des Sexualstrafrechts wurde der Grundsatz festgeschrieben: »Nein heißt Nein.«

Für die laufende Legislaturperiode haben Union und SPD im Koalitionsvertrag einen Aktionsplan zur Verwirklichung einer ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie geplant. Beim Ziel, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, soll der Öffentliche Dienst eine Vorbildfunktion übernehmen. Eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Leitungspositionen des Öffentlichen Dienstes wird bis 2025 angestrebt. Um die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen zu schließen, müssten typische Frauenberufe – zum Beispiel in der Pflege – aufgewertet werden.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie soll etwa durch einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung der Grundschulkindern erleichtert werden. Sexismus im Alltag, am Arbeitsplatz und in der Politik will die Koalition bekämpfen. Auch die Teilhabe von Frauen in der Politik will sie verbessern. Zwar stellt die Union mit Angela Merkel seit über zwölf Jahren die Bundeskanzlerin, zwar sind Frauen im Kabinett stark vertreten, doch ist beispielsweise die Zahl der weiblichen Abgeordneten im Bundestag gesunken. Das bedauerte die CSU-Abgeordnete Silke Launert mit den Worten: »Es könnten mehr sein.«

Launert sprach sich auch dafür aus, über den europäischen Tellerrand hinauszuschauen. Sie erinnerte daran, dass weltweit etwa 200 Millionen Frauen und Mädchen Opfer von Genitalverstümmelung werden, dass 130 Millionen Mädchen keine Schule besuchen. Gerade Bildung sei aber der Schlüssel zur Teilhabe. Insofern sei es richtig, dass die Haushaltsmittel für Entwicklungszusammenarbeit in dieser Wahlperiode gesteigert würden.

## Impressum

Herausgeber  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Stefan Müller MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack  
Redaktion: Claudia Kemmer  
(verantw.)

T 030. 227-5 30 15  
F 030. 227-5 66 60  
pressestelle@dcdcsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

## »Großer Theologe und menschlicher Seelsorger«

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, nahm beim Requiem am 17. März 2018 in der Mainzer Augustinerkirche Abschied von Karl Kardinal Lehmann. Dieser war im Alter von 81 Jahren nach schwerer Krankheit verstorben.

»Wir verlieren mit Karl Kardinal Lehmann einen großen Theologen und menschlichen Seelsorger. Seine Anregungen und Mahnungen haben zu guten Lösungen in vielen ethischen Fragen beigetragen«, sagte Kauder.



© forsten.zimmermann

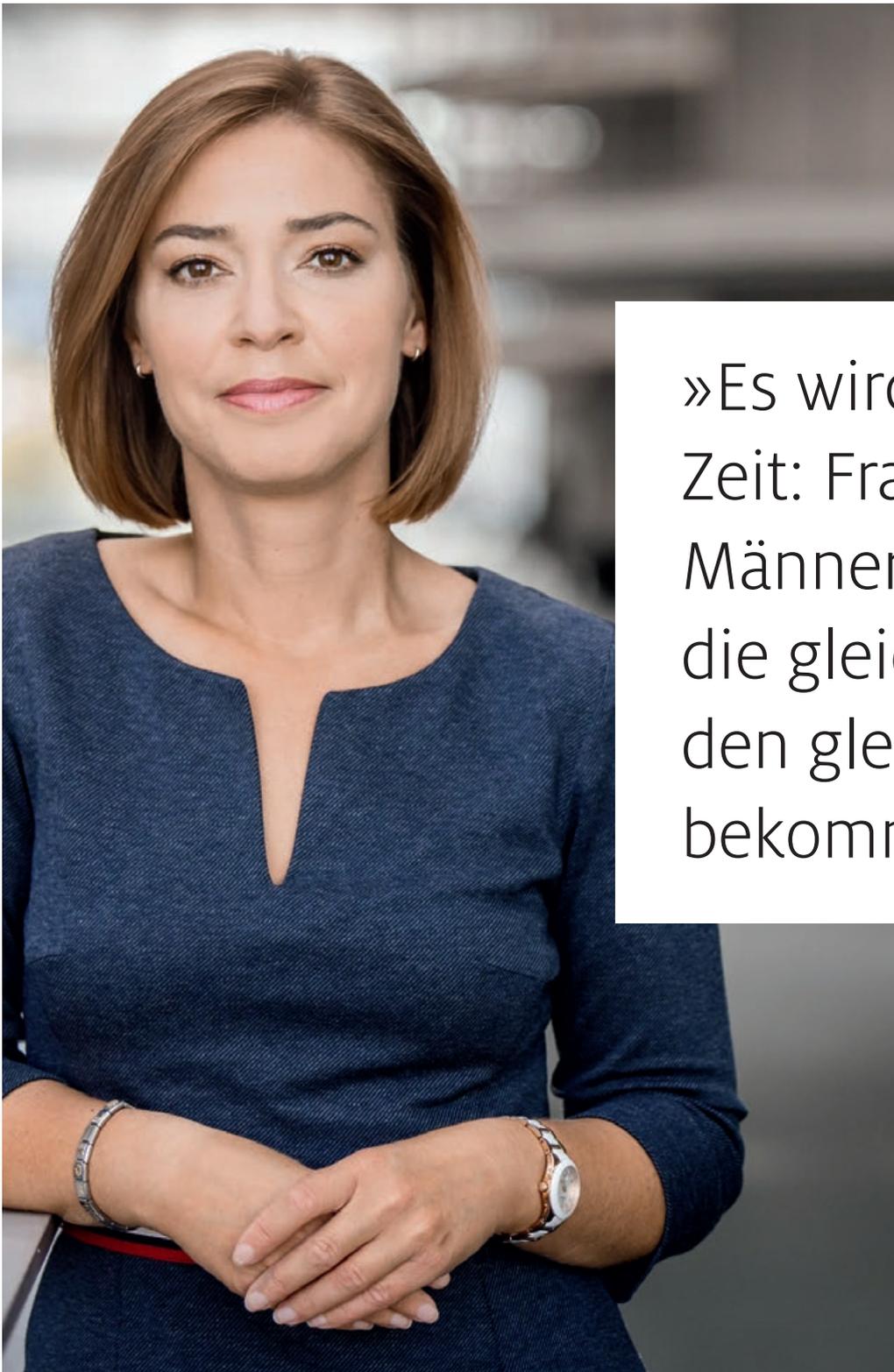
## Achtung Aufnahme!

Bei der Kanzlerinnenwahl zückten auch gestandene Bundestagsabgeordnete ihre Smartphones, um den besonderen Augenblick fotografisch festzuhalten. Angela Merkel ist am 14. März 2018 erneut zur Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden.

Bei der Wahl im Bundestag erhielt die CDU-Vorsitzende die Stimmen von 364 Abgeordneten und damit die erforderliche Kanzlermehrheit für eine vierte Amtszeit.



© Tobias Koch



»Es wird höchste Zeit: Frauen und Männer müssen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn bekommen.«

Yvonne Magwas, Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zum Equal Pay Day am 18. März 2018

**CDU**  **CSU**  
Fraktion im Deutschen Bundestag

© Tobias Koch

## Die Fraktion im Internet und den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion:  
[www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)

 [www.facebook.com/  
cducsubundestagsfraktion](https://www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion)

Der Blog der Fraktion:  
[blogfraktion.de](http://blogfraktion.de)

 [www.youtube.com/cducsu](https://www.youtube.com/cducsu)

Fraktion direkt:  
[www.cducsu.de/fraktiondirekt](http://www.cducsu.de/fraktiondirekt)

 [twitter.com/cducsu](https://twitter.com/cducsu)

Bundestagsdrucksachen:  
[www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)

 [www.instagram.com/  
cducsu](https://www.instagram.com/cducsu)

## »Fraktion direkt« bestellen

»Fraktion direkt – Das Monatsmagazin« erscheint jeweils am Ende eines Monats. Bestellen können Sie das Heft unter [fraktiondirekt.abo@cducsu.de](mailto:fraktiondirekt.abo@cducsu.de)

Über die aktuellen Entwicklungen informiert Sie wöchentlich »Fraktion direkt – Der Newsletter«. Den elektronischen Newsletter können Sie abonnieren unter [www.cducsu.de/newsletter-abo](http://www.cducsu.de/newsletter-abo). Sie erhalten dazu auch die PDF-Ausgabe von »Fraktion direkt – Das Monatsmagazin«.

## Termine

**25. April 2018**  
Kongress  
»Pakt für den Rechtsstaat – zur Stärkung von Justiz und Polizei«

**16. Mai 2018**  
Kongress  
»Einsatz für die Religionsfreiheit – Eine Zukunft für Christen und Jesiden im Nordirak«